

Prisca Birrer-Heimo, Nationalrätin SP

Staat soll nicht nur mit Banken solidarisch sein

Die Geschehnisse im Zusammenhang mit der Übernahme der Credit Suisse (CS) durch die UBS beschäftigen die Bevölkerung und die Politik. 15 Jahre nach der Finanzkrise muss der Staat erneut eine Grossbank retten. Wie konnte es dazu kommen?

In der Sommersession entscheiden die eidgenössischen Räte, ob eine Parlamentarische Untersuchungskommission (PUK) eingesetzt werden soll. Die Chancen stehen gut. Für eine lückenlose Aufklärung der Vorgänge in den letzten Jahren, aufgrund der Tragweite der Entscheide und der grossen finanziellen Risiken braucht es das

schärfste Instrument der parlamentarischen Obergrenze.

In der Sommersession werden ausserdem wichtige Entscheide in Sachen Krankenkassenprämien gefällt. Coronapandemie, Krieg in der Ukraine, weitere Konflikte und Krisen, steigende Zinsen und die damit verbundene Inflation: Viele Menschen haben ein Kaufkraftproblem und sind wegen der kontinuierlich ansteigenden Mieten und Krankenkassenprämien finanziell immer stärker unter Druck. Deshalb ist die SP-Prämientlastungsinitiative bzw. ein griffiger Gegenvorschlag längst fällig, auch im Ständerat.

Für die CS-Rettung wurden per Notrecht Milliarden Garantien gesprochen. Da sollte es selbstverständlich sein, unsere Bürgerinnen und Bürger punkto Krankenkassenprämien zu entlasten und dafür die nötigen Mittel bereitzustellen. Der Staat soll solidarisch sein – und das nicht nur mit Banken!

